

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 6.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. eingetragen in die Postleistungssumme Nr. 6008.

Hannover
Sonntag, 23. März 1901.

Geschäftsunterlage pro S. gehabt. Seile über
diesen Raum 25 Pf., für Fahrsäle 15 Pf.
Offerten-Summe 10 Pf. Redaktion:
Reinhardtstr. 31. Verlag: Altonastr. 46.

10. Jahrg.

"Christliche" und Kornzölle.

Die denkenden, ihre Interessen richtig abwägenden Arbeiter müssen sich mit Bünden und Füßen gegen den Brotzoll, denn er verheuert die Lebenshaltung des werthaltigen Volkes. Dagegen teilt das Organ der christlichen Bergarbeitergewerkschaft, "Der Bergknappe", mit Freue für eine Erhöhung der Zölle ein. Das Blatt begründet seinen Standpunkt damit, daß erstens durch erhöhte Zölle die Landwirtschaft in die Lage käme, höhere Löhne zu zahlen (ob sie es thut, führt den "Bergknappen" nicht), und daß dadurch die Bandflucht der Arbeiter und das Massenangebot von Industriearbeitern aufhören würde. Alsdann müßten die industriellen Löhne steigen!

Zweitens meint dies "Arbeiterblatt", daß auch der kleine Bauer von den Getreidezöllen Vorteil habe, nicht direkt, sondern indirekt, indem der Boden an Werth gewinne. Dadurch sei der kleine Bauer in der angenehmen Lage, sein Land recht theuer verlaufen zu können.

Fadenscheiniger sind noch niemals die Zölle vertheidigt worden.

Wenn die Getreidepreise durch die Zölle in die Höhe kommen, sinkt die Konjunktur für die Industrie; sie wird stürzartig fallen, wenn durch die Höhe der Zölle der Abschluß von Handelsverträgen unmöglich gemacht wird; alsdann werden einige Millionen von Industriearbeitern brotlos. Sie müssen die Industrievorteile verlassen und ziehen theilweise auf das platte Land zurück. Der Großgrundbesitzer hat dann reichliche Auswahl unter einem starken Angebot von Arbeitskräften und zahlt trotz der hohen Getreidepreise noch schlechte Zöhne als jetzt. Das Brot aber, das Industrie- und Landarbeiter essen müssen, um zu leben, kostet bei einem Zoll von 7 Ml. für eine Familie jährlich 60,20 Ml. mehr, als es werth ist.

Doch sich aber ein "Arbeiterblatt" für die Erhöhung der Grundrente erwärmt, das ist ein Unikum in der ganzen Arbeiterbewegung. Bisher hatte man die ganze Zollpolitik gerade von dem Gesichtspunkte des durch sie verschärften Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit bekämpft. Man sagte, da durch die Zollpolitik die Kapitalsrente steige, die Arbeitsrente aber sinkt, so ist diese Politik im ausgesprochensten Sinne arbeiterfeindlich. Die Agrarier sind wenigstens so klug, zu bestreiten, daß die Grunds- und Kapitalsrente durch die Zölle erhöht werde; dem Organ der "christlichen Gewerkschaften" ist es vorbehalten geblieben, die That-sache selbst anzuerkennen und für eine durchaus erwünschte Konsequenz der Zollpolitik zu erklären! Es wäre zum Lachen, wenn es nicht gar zu traurig wäre.

Der "Bergknappe" hat sich in dieser Angelegenheit als das erwiesen, was er wirklich ist, nämlich als ein Propagandaorgan für die Politik des Zentrums, wie auch immer geartet diese Politik sei. Dem Zentrum wird angst um seinen ohnehin unverdienten Ruhm als arbeiterfreundliche Partei, und deshalb mußte das Organ der katholischen Bergarbeiter ihm mit den unglaublichesten Argumenten zu Hilfe springen!

Im selben Sinne hat sich auch der Führer der christlichen Bergarbeiterorganisation, Aug. Brust, ausgesprochen! Eine pugnante Vertretung der Interessen der Arbeiter, die darauf hinausgeht, den Unbemittelten das tägliche Brot zu verheuern. Wahrlich, es ist Zeit, daß den katholischen Arbeitern die Augen aufgehen und sie die falschen Freunde erkennen lernen. Was den Landarbeiter bessere Bezahlung sichert, ist nicht Erhöhung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, der Extrag aus diesen flieht in die Taschen der Landlords, sondern die Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

II.

Statistik.

Die Generalkommission war bemüht, das Material, welches die Berufs- und Gewerbezählung von 1895 enthielt, den Gewerkschaften zugänglich zu machen. Es sind drei größere Auszüge aus den Ergebnissen dieser Zählung gemacht und im "Correspondenzblatt" veröffentlicht worden. Eine weitere Zusammenstellung aus den Ergebnissen der Gewerbezählung ist in Bearbeitung. Die alljährlichen Statistiken über die Streiks und über den Stand der Gewerkschaftsbewegung sind nach Möglichkeit verbessert worden.

Die Streitsstatistik ist vollständig umgestaltet. Während bis zum Jahre 1900 die Materialien für die Statistik durch Umfrage am Jahresende gewonnen wurden, sind nunmehr die

Einrichtungen so getroffen, daß fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird. Diese Neuordnung vereinfacht der Generalkommission nicht unerhebliche Arbeit. Sie wird aber nicht nur ermöglichen, daß die Streitsstatistik früher als in den vorhergehenden Jahren veröffentlicht werden kann, sondern es ist dadurch, daß nicht wie bisher summarisch, sondern über jeden einzelnen Streik berichtet wird, die Genauigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit mit der amtlichen Streitsstatistik gegeben.

Dass die amtliche Statistik diejenige der Gewerkschaften nicht etwa entbehrlich macht, ist schon früher betont worden.

Es hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaftsstatistik zur Kontrolle der amtlichen ziemlich notwendig ist.

Zu dem amtlichen Bericht über die Streiks im Jahre 1899 ist zwar darauf verzichtet,

dass die Statistiken nicht miteinander vergleichbar sind,

weil die Zählung seines der Behörden nach Verwaltungsbereichen, seitens der Gewerkschaften aber nach Berufen erfolgt.

Ohne daß die Zählmethode der Gewerkschaften geändert zu werden braucht, wird sich für die Zukunft doch, wie schon angeführt, ein Vergleich ermöglichen.

Dadurch wird dann wohl die ursprünglich vorhandene übliche Abicht, aus der amtlichen

Streitsstatistik Material gegen die Gewerkschaften gewinnen zu können, endgültig schwinden.

Vielleicht auch kommt man dann an maßgebender Stelle noch zu der Erkenntnis, daß unter-

geordnete Volksergänze nicht geeignet sind, die ersten Erhebungen über die Streiks zu machen, und schafft hier Bandel.

Dann würde die amtliche Streitsstatistik sich zu einem werthvollen Theil der Reichsstatistik entwideln können.

Die Gewerkschaftsstatistik ist deshalb zur Zeit werthvoller als je zuvor.

Dessen sollten die Beamten der Gewerkschaften, welche

als Leiter der Streiks die ersten Materialien an die Verbandsvorstände einzulegen haben, eingedenkt sein.

Die ihnen zugeschriebene Arbeit ist nicht leicht und nicht gering, aber die Bedeutung, welche diese Arbeit für unsere Bewegung hat, muß die Beflilligen anspornen, ihre ganze Kraft der Sache zu widmen.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde gemäß dem Beschluss des Gewerkschaftskongresses eine Konferenz der Verbandsvorstände arrangiert, unter welchen Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung des sa. gewinnenden Mitgliederkreises, vorhanden sind. Die Konferenz fand am 8. April 1900 in Hamburg statt und waren Vertreter von 18 Verbandsvorständen anwesend. Wenn auch keine bindenden Beschlüsse gefaßt werden konnten, so hat doch die Aussprache der beteiligten Parteien dazu beigetragen, daß objektiv über die Frage der Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Organisation gerichtet werden wird.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongress sind insgesamt 36 Generalversammlungen resp. Verbandstage der einzelnen Berufe statt.

Von diesen Generalversammlungen resp. Verbandtagen wurden 24 durch Vertreter der Generalkommission besucht.

Ein Kongreß der Lithographen, der am 17. September 1899 in Leipzig stattfand, hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Lithographen auch ferner dem Verbande der Lithographen und Steindrucker angehören sollen und ob der neugegründete Lithographenverband einem Bedürfnis entspringe. Auch zu diesem Kongreß hatte die Generalkommission einen Vertreter entsandt. Desgleichen zu dem allgemeinen Fachkongreß der Gastwirthsgehilfen am 6. März 1900 in Berlin, zu dem Internationalen Legstarbeiter-Kongreß am 16. Juli 1900 in Berlin, dem Kongreß der Gewerkschaften Österreichs am 11. Juni 1900 in Wien und zu dem Kongreß der Gewerkschaften Belgiens am 24. Dezember 1900 in Brüssel.

Die Teilnahme an einem von den Gewerkschaften Frankreichs einberufenen Internationalen Gewerkschaftskongreß lehnte die Generalkommission mit der Motivierung ab, daß, soweit allgemeine internationale Fragen gewerkschaftlicher Natur zu beratzen sind, dies bis auf Weiteres in anstrechendem Maße durch den Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß geschehen könnte. Zu diesem Kongreß, der am 23. September 1900 in Paris stattfand, hat die Generalkommission zwar einen offiziellen Vertreter nicht entsandt (zwei Mitglieder der Kommission waren von anderer Seite dorthin delegiert), jedoch den Delegierten des Kongresses einen gedruckten Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland übermittelt. Der Bericht, in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt, wurde in 500 Exemplaren auf dem Kongreß vertrieben.

Zu einem Internationalen Arbeiterschutz-Kongreß, der am 2d. Juli 1900 in Paris stattfand, wurde die Generalkommission nicht nur eingeladen, sondern es erging an sie, resp. an ihren Vorsitzenden auch die Aufforderung, das Einberufungsschreiben mit zu unterzeichnen. Beides wurde abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit motiviert, daß ein Vorteil für die Arbeiterschaft aus dem Kongreß nicht erwachsen werde. Soseit die Propaganda für internationale Arbeiterschutz notwendig und möglich, müsse sie sich auf die Verhandlungen des Arbeiterschutz-Kongresses in Zürich stützen. Dieser Propaganda dienen aber die internationalen Arbeiterkongresse in größerem Maße, als dies von bürgerlichen Sozialpolitikern einberufenen Kongresse können.

Die Arbeiterversicherung.

Der Gewerkschaftskongreß beantragte die Generalkommission, für Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung zu sorgen und die Wahl der Arbeitervertreter zu leiten.

Zum ersten Aufruf ist die Kommission durch Herausgabe der Broschüre über die Arbeiterversicherung nachgekommen. Auch der Vorbereitung der Wahlen soll diese Broschüre dienen.

Einem von der Berliner Gewerkschaftskommission gemachten Vorschlag, in Berlin ein Sekretariat zu errichten, welches die Vertretung der Versicherten vor dem Reichsversicherungsamt übernehmen soll, konnte die Generalkommission nicht zustimmen. Sie erkannte an, daß eine solche Einrichtung

berechnungen haben jedoch ergeben, daß die Generalkommission aus den regelmäßigen Einnahmen die nicht unbedeutenden Kosten zespziell die erforderlichen Bischüsse für eine solche Einrichtung nicht leisten kann. Es muß deshalb die Entscheidung über die Frage dem nächsten Gewerkschaftskongreß überlassen bleiben.

Korrespondenzblatt, Großfürst, "L'Operaio italiano".

Die Erhöhung der fortlaufenden Einnahmen der Generalkommission erfüllt die Erfüllung des "Korrespondenzblatt" zu vergrößern und besser auszustatten. Seit dem 1. April 1900 erscheint das Blatt regelmäßig sechsmal im bisherigen Formate und seit dem 1. Januar 1901 in etwas vergrößertem Formate in derselben Urfang. Ein Redakteur, welcher sich ganz der Herstellung des Inhalts widmen konnte, wurde angestellt.

Von den 17 Gewerbern, welche sich auf die Ausschreibung des Redakteurstellens gemeldet hatten, wählte der Gewerkschaftsausschuss den Genossen Paul Umbrecht-Leipzig.

Die Auflage des Blatts stieg von 8950 Exemplaren im Juni 1899 auf 10900 im Dezember 1900. Das Blatt wird in 1024 Einzelsendungen expediert.

Die schon erwähnte Broschüre "Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben" wurde in 10000 Exemplaren hergestellt.

Nachdem durch reichsweite Aushebung des Verbündungsverbotes für politische Vereine die in den letzten Jahren erfolgten Änderungen der Vereinsgesetze einen gewissen Abschluß erhalten haben, wurde die längst vergriffene Schrift "Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Verfassungsbuches" neu herausgegeben. Die Schrift, welche entsprechend den neueren Gesetzesbestimmungen und den geltenden Polizei- und Gerichtspraxis angepaßt ist, wurde in 5000 Exemplaren hergestellt.

Die italienische Zeitung "L'Operaio Italiano" scheint einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Während im Jahre 1899 die höchste Auflage 3000 betrug, stieg sie im letzten Jahre auf 4400. In den Wintermonaten, wenn die italienischen Arbeiter in ihre Heimat zurückkehren, geht die Auflage selbstverständlich zurück.

Zur Unterstützung der Agitation unter den Italiengen wurde auch eine Broschüre in italienischer Sprache herausgegeben und in 4000 Exemplaren hergestellt.

Als Vorbild für die Aufklärungsarbeit, welche der Verfasser der Broschüre und Redakteur von "L'Operaio" unter den italienischen Arbeitern im Interesse des Kulturfortschritts betrieb, überreichte ihm die Hamburger Polizeibehörde einen Ausweisungsbefehl. Der Ausgewiesene, ein Schweizer Bürger, war höchstlich verwundert, einen solchen Beweis von der Freiheit in der sogenannten Republik Hamburg zu erhalten.

Da bei der allgemein bekannten Liebenswürdigkeit des Hamburger Polizeibehörde von vornherein mit der Eventualität der Ausweisung eines Redakteurs, der nicht Reichsangehöriger ist, gerechnet wurde, so traf der geführte Schlag nicht. Das Blatt konnte ruhig weiter erscheinen, ohne an seinem Inhalts auch nur das Geringste einzubüßen.

Zu erwähnen wäre noch, daß die Generalkommission eine Sammlung für die Ausgesperrten in Dänemark veranstaltete und die Versammlungen in Deutschland arrangierte, in welchen Delegierte der Ausgesperrten referierten. Seitens der Generalkommission wurden 133 300 Ml. nach Dänemark gesandt. Der nach Beendigung der Aussperrung eingegangene Betrag von 7 994 Ml. wurde der Kasse der Generalkommission überwiesen und als Darlehen den Verbänden übergeben, welche größere Streiks zu führen hatten.

Einschließlich der von anderer Seite direkt nach Dänemark gesandten Summen wurden aus Deutschland 217 572 Ml. den Ausgesperrten überwiesen. Eine Sammlung zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter in Österreich ergab den Betrag von 49 000 Ml., welche an die österreichische Gewerkschaftskommission abgeführt wurden.

Bezüglich der inneren Verwaltung wollen wir, um nicht Einzelheiten anzuführen, nur bemerken, daß die Generalkommission 81 und der Gewerkschaftsausschuß sechs Sitzungen seit dem letzten Gewerkschaftskongreß gehabt haben. In den Belehrungen der Amtler, der Höhe der Gehälter und der Entschädigung für Sitzungen sind Änderungen seit dem letzten Kongreß nicht eingetreten.

Der erfreuliche Aufschwung, welchen die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in den letzten Jahren zeigt, wird voraussichtlich auch in den weiteren Jahren anhalten. Die Kommission wird nach wie vor bemüht sein, ihr bestehendes Programm zur äußeren Entwicklung und inneren Erstärkung der Gewerkschaften beizutragen.

Rassenbericht.

Die Abrechnungen sind in anderer Weise gegeben als der übrige Bericht und zwar in drei verschiedenen Abschnitten, so wie der Rassenbericht sie vorgelegt und die Revisoren sie geprüft haben. Die erste Rechnungslegung erstreckt sich vom 1. April bis 31. Dezember 1899. Der Rassenbericht beläuft sich auf 34 792,90 Ml., an Quartalsbeiträgen gingen ein 39 041,54 Ml., die Abgabe auf 71 680,57 Ml., so daß ein Bestand von 28 585,99 Ml. verblieb. In der Abrechnung vom ersten Halbjahr 1899 balancirten Einnahme und Ausgabe mit 62 985,82 Ml., im zweiten Halbjahr mit 55 652,66 Ml. Der Rassenbericht für das Jahr 1901 beträgt 20 659,31 Ml.

Soziale Rundschau.

— Die Lage des Arbeitsmarktes bleibt unverändert triste. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatszeitung "Der Arbeitsmarkt" angeknüpft sind, drängten sich im Februar um je 100 offene Stellen 146,8 Arbeitsuchende (gegen 113,1 im vorangegangenen Februar). Während im Februar u. S. in den öffentlichen Arbeitsnachweisen 100 Stellen der Gewerkschaften

Boden und der Bauschreiber nicht fehlen. — Danach ist die
Vollmächtigste Stelle organisiert. Die Zahlstelle ist am
12. April 1893 gegründet und steht jetzt bei 107 Mitgliedern. Ein
Streik der Bauschreiber sei im vorigen Jahre unter ungünstigem
Erfolge geführt worden und sei dabei ein Lohn von 2,50 M^r
erreicht, der aber mindestens sei im Betracht der langen ar-
beitslosen Zeit des Winters. Die Agitation sei können, da das
Hinterland zu viel indifferente Arbeiter und Dampf abführen
und der Polizeidruck zu stark sei. — Röslin: Die Zahlstelle ist
am 5. Februar 1899 gegründet mit 30 Mitgliedern. Jetzt seien
ca. 900 Arbeiter dort organisiert. Das sind 90 % der Ar-
beiter Röslins. Zwar sind auch hier Coalabtriebvereine und
Quängeleien mit der Polizei nicht ausgeblieben, doch sei dies
gerade ein Faktor, der die Mitgliederzahl dort so hoch gesteigert
habe. Drei Streiks, zwei mit Erfolg und einer mit teilweiseinem
Erfolg, seien geführt worden. Aus der Hanauer Bündholz-
fabrik seien jetzt 400 Arbeiter und Arbeiterinnen im Verbande
und lasse die Agitation und deren Erfolge hier nichts zu
wünschen übrig. — Die Zahlstelle Bückeburg ist am 1. Jan. 1900
mit 21 Mitgliedern gegründet, steht jetzt ca. 700 Mitglieder.
Der Stundenlohn auf dem "Bullan" ist um 2 M^r erhöht und
für Überstunden sind 25 Gros. Aufgaben erreicht worden. —
In Solberg betrage die Mitgliederzahl 352. Zum vorigen Jahre
sei dort durch einen Streik, an dem 180 Arbeiter beteiligt
waren und der sechs Wochen dauerte, der Stundenlohn für
Bauarbeiter auf 23 und für Pflegearbeiter auf 25 M^r erhöht
worden. Auch hier sei Bodenmangel ein Hemmnis der Be-
wegung.

Ein gutes Resultat ist aus Gärtenberg mitzutragen. Die Zahlstelle ist am 1. Januar 1900 gegründet. Zur Zeit waren dort bereits 68 und jetzt sind 155 Mitglieder. Durch zielbewusstes Arbeiten seien dort die Löhne von 1,75 Mark bei 13—14stündiger Arbeitszeit auf 2,40 Ml. bei 11stündiger Arbeitszeit gebracht worden. Für mecklenburgische Verhältnisse ist es immerhin viel, daß die Unternehmer die Organisation anerkannt und mit der Organisation der Arbeitet verhandeln.

Auf Antrag werden die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung

ausammen behandelt und wird nach langer Debatte über verschiedene Anträge abgestimmt und der Antrag Goldberg: „Es ist sofort eine Agitationstour durch den ganzen Bau vorzunehmen.“ einstimmig angenommen. Die Anträge Wolgast: „Der Vorstand möge sich mit den Zahlstellen in Verbindung setzen und so eine kräftige Agitation in die Wege leiten“ und „Der Gauforstand möge es sich zur Aufgabe machen, unter städtischer und finanzieller Mitwirkung der bestehenden Zahlstellen Pomerias für den Ausbau unserer Organisation kräftig zu streben und wo irgend möglich, Zahlstellen ins Leben rufen.“ werden, weil selbstverständlich, angenommen. Ein weiterer Antrag Wolgast: „Da unser Bau sehr jung ist, ist beim Vorstande des Verbandes wegen Mitteln zur Organisationsfähigkeit vorstellig zu werden, weil die Mittel der Zahlstellen eine derartige Agitationstätigkeit nicht erlauben.“ wird dem Hauptvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antrag der Zahlstelle Wolgast: „Der Sitz des Gauvorstandes bleibt Stettin“, wird angenommen und die Anträge Büllschow und Pommerehnsdorf, welche die Absetzung des bisherigen Gauvorsitzenden bezwecken, abgelehnt. Die Gründe, welche die Delegirten Dettmann und Hoyer für die Absetzung des Gauvorstehers vorbrachten, wurden von der Konferenz nicht als genügend bewiesen angesehen und zurückgewiesen. Die Anträge Löslin: „Die einzelnen Zahlstellen verpflichten sich, den Gauvorstand so viel als möglich mit Geldmitteln zu unterstützen“, und „Für Pommern und Westpreußen giebt der Gauvorstand ein den Verhältnissen angepaßtes Flugblatt heraus, ebenso für Ost- und Westpreußen“, werden angenommen, ebenso ein Antrag Wolgast: „Die Gantage finden stets im März statt“. Als Ort für die nächste Gaukonferenz wird Löslin bestimmt. Nach einigen Schlussworten des Collegen Schneller wurde die 1. Gaukonferenz des Gaues 9 mit einem Hoch auf den Verband um 9 Uhr Abends geschlossen.

Konferenz des Agitations-Komitees für Ost-Sachsen.

Am Sonntag, den 24. Februar 1901, fand in Dresden in Wulff's Gasthaus die erste Konferenz statt. Die Wahl des Bureaus ergibt als 1. Vorsitzenden Wadwitz, Dresden, und als Schriftführer Redner, Dresden. Zum 1. Punkt, Bericht der Kommission, nimmt der Senvorstehe, Kollege Wadwitz, das Wort. Er begrüßt die Delegierten im Namen der Dresdener Kollegen und führt daran den Bericht der Commission. Die Zahlstellen Dresden, Meißen, Bölkow, Mügeln, Radeberg und Waldheim sind durch je einen Delegierten vertreten. Harta, Leisnig und Zittau dagegen haben aus unbekannten Gründen keinen Delegierten entsendet. Den Rässenbericht erstattet Kollege Sudah, Dresden. In Einzahlen waren zu verzeichnen 80 M. als Vorschuss vom Hauptvorstand. Die Ausgaben beliefen sich auf 64,68 M. Die Richtigkeit des Rässenberichtes wurde von den Senioren bestätigt. Darauf wurde dem Ressort einstimmig Decharge ertheilt. Beim 2. Punkt, Bericht der Delegierten, nimmt Stümpfle, Dresden, das Wort. Redner theilt mit, daß die Zahl der Mitglieder in diesem Jahre in Dresden wenig angewachsen hat. Aber es sind zur Agitationsarbeit mehr Mitglieder herangezogen und herangebildet worden. Alaa, Mügeln, und Wolf, Bölkow, stimmen in Ihren Ausführungen darin überein, daß trotz der nicht unbedeutlichen Aufnahmen, die in den Agitations-Sammlungen gemacht wurden, die Mitgliederszahl gar nicht oder doch nur wenig gestiegen ist. Als Grund geben sie an, daß viele alte Mitglieder wegen Steuersteile geflochen werden müssen. Krause, Meißen, gibt einen ganz ähnlichen Bericht über den Stand der Zahlstelle Meißen. Redner theilt mit, daß auch dort die Unternehmer die schlechte Geschäftslage auszunutzen suchen, um die Löhne zu drücken, was auch gewöhnlich dort gelungen ist, wo die Arbeiter sich nicht mit Hilfe ihrer Organisation dagegen wehren konnten. Riedel, Radeberg, theilt mit, daß die Zahlstelle seit ihrer Gründung vor dreiviertel Jahren von 12 auf 46 Mitglieder gestiegen ist. Geister, Waldheim, führt an, daß erst durch die jetzige Krise die Zahlstelle Waldheim richtig Leben bekommen habe. Stümpfle, Dresden, gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß so viele Hilfsarbeiter, die zweifellos in unsere Gewerkschaft gehören, in anderen Gewerkschaften organisiert sind. Redner führt verschiedene Beispiele dafür an und kommt zu dem Schluß, daß der Grund dafür in den Kreisjagden verschiedener Gewerkschaften auf die ungerührten Arbeiter zu führen ist. Redner meint, daß es Sache des Hauptvorstandes sei, hier einmal bemüht zu machen. Wadwitz, Dresden, schließt sich dem an. Ebertig, Dresden, tritt den letzten Ausführungen entgegen. Darauf wird die Diskussion über diesen Theil für den 1. Punkt abgeschlossen. Beim 3. Punkt, Berathung über eingegangene Entzugs, giebt Wadwitz, Dresden, bekannt, daß außer von Dresden keine weiteren Anträge eingegangen sind. Der Antrag Dresden lautet: „Die zum Bau gehörigen Zahlstellen sind verpflichtet, bei Überstellung dem Senvorstehe eine Abschrift der Abrechnung nebst Bekanntgabe des Betriebsverhältnisses zu liefern, damit der Senvorstand einen besseren Überblick über die einzelnen Zahlstellen erhält.“ Der Antrag wird von verschiedenen Rednern unterstützt und zur Annahme empfohlen. Schmid, Dresden, schließt sich dem an. Redner wundert sich, daß verschiedene Zahlstellen, welche unserem Bau angehören und finanziell verhältnismäßig gar nicht schlecht ständen, Geld am Orte zurückbehalten. Mehrere Redner erklären das aus der unrichtigen Ausführung der Abrechnungsformulare. Der Antrag Dresden wird hierauf

eröffnung angenommen. Es geht ein Antrag ein, welcher steht: „Die einzelnen Wahlstellen werden verpflichtet, von einer Sitzordnungssatzung ab Abstand an den Geworkestab abzuwenden, damit dieselbe in der Regel ist, leichter zu ergründen.“ Der Antrag wird von dem Komitee, Dresden begründet. Bedeutig, freilich, findet dieser Antrag für überflüssig, da ja ohnedies die Wahlstellen ihre Abgaben für den Gas an den Hauptverband zu entrichten haben. Gehen nach Thienig, Dresden, überzeichnet den Ausführungen ihres Verteilera. Thienig stimmt dabei, daß es wohl sehr gut den einzelnen Wahlstellen möglich ist, diese Summen an den Geworkestab zu entrichten. Das längere Debatt wird bei Antrag verdrängt, hafst vor dem Antrag gestellt: „Die einzelnen Wahlstellen sind verpflichtet, von ihren Mitgliedern pro Jahr 10 Pf. an die Gasse abzuliefern. Die Summe ist halbjährlich einzufinden und darf gilt das mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1900 an.“ Der Antrag wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Zum 4. Punkt: „Vorbehalt über unsere fertere Agitation“, kommt Rennick, Dresden, das Wort. Redner empfiehlt die Gruppenarbeitung in unserer Organisation. Mehrere Redner sprechen gegen diese Maßreglung. Folgender Antrag geht ein: „Die Agitationskommission wird beauftragt, im Laufe dieses Jahres eine Agitationssatzung zu veranstalten, damit sämtliche Verhandlungs- eine Agitationsveranstaltung beformen.“ Nach langer Debatte, in welcher sich die meisten Redner für den Antrag aussprechen, wird derselbe einstimmig angenommen. Des Weiteren wird von mehreren Rednern vorgeschlagen, ein Flugblatt, das für die Verhältnisse am Oste paßt, aufzurichten. Beim 5. Punkt: „Wahl des Sitzes für das Agitationskomitee“, wird einstimmig Dresden wiedergewählt. Darauf wurde nach einem Schlußwort des Vorsitzenden die Konferenz geschlossen.

Correspondenzen.

**Kolleginnen, Kollegen! Denkt an den
treifenden!**

Ulrich-Ottersen. Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung am 13. März 1901 bei Runge, Ottersen. zunächst gibt der 1. Vorsitzende das Ableben des Kollegen Erich Petersen bekannt, selber wird in der üblichen Weise geehrt. Dann wurde das Protokoll verlesen. Hierzu wünschte Kollege W. eine Wichtigstellung seines Antrages, den er beantragt hatte, ihm die Vollmacht zu entheilten, damit er bei der nächsten Parteitagung für die Einführung der Sonntagsruhe im Arbeiterssekretariat stimmen könnte, und nicht dagegen, wie im "Echo" und "Proletarier" berichtet sei. Dann gab Kollege W. den Parteibericht vom 8. März 1901 und machte bekannt, daß die Gründer in eine Lohnbewegung eintreten wollen und die Arbeiterklasse sehr schlecht bestellt sei. Die Abrechnung von der Sektionserreiter ergab: Einnahme 69,65 Mk., Ausgabe 72,83 Mk., wodurch ein Defizit von 3,18 Mk. es stünden aber noch 5,60 Mk. für Noten aus. Dann wurde beschlossen, im Oktober oder November einen Ball in Ottersen abzuhalten. Unter "Beschiedenes" war zunächst ein Schreiben der Kollegin G. eingegangen, worin selbige um Unterstützung bittet, da sie auf der Wollkämmerei Bahrsfeld wegen Agitirens für den Betrieb entlassen und schon 4 Wochen ohne Arbeit sei. Nachdem selbige den Sachverhalt klargelegt hatte, beschlossen sämtliche Anwesenden einstimmig Kollegin G. als gewahrsagert zu unterstützen. Kollege G. wird dann noch auf die öffentliche Versammlung aller Fabrikarbeiter und Arbeitersinnen hin, welche Ende März stattfindet, und erläuterte die Anwesenden, daß er zu agitieren. Als dann einige innere Verbandsangelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

— Die Zustände in der Wollfämmerei
sahen sehr schlecht aus. In dem Betriebe arbeiten etwa 550 Per-
sonen. Die Arbeitsverhältnisse dort sind sehr ungünstig. Zum
Beispiel hat jeder Arbeiter und jede Arbeiterin einen vollen
Wochenlohn einstecken. Das macht für die Fabrik ein Kapital
von 10—12 000 Mark verdienten Arbeitslohn, mit dem die
Fabrik ständig arbeitet. Dann werden den Arbeiterinnen,
wenn sie 14—16 Uhr verdienen, 2—4 Uhr abgezogen, und von
diesem Gelde erhalten dann die Gehilfen einen Zuschuß. Auch
find dort Lohnabzugungen an der Lohnordnung. Wenn die
Arbeiterinnen einmal den Überstundenschlüssel vergessen, so bezahlen
sie 30 Pf. Strafe; wer zwei Mal zu spät kommt, zahlt 30 Pf.
Strafe; wer seine Maschine nicht zur Genüge putzt, zahlt
10 Pf. Strafe. So sind an einem Tage kurz vor Weihnachten
in einem einzigen Saal von etwa 40 Mädchen à 50 Pf. Strafe
für ungenügendes Maschinenputzen in Abzug gebracht worden.
Und so geht es weiter. Ja, die Fabrik hat laut Fabrikord-
nung sogar das Recht, den halben Tagelohn als Strafgeld
möglich in Abzug zu bringen. Nun kann ja jeder sich ein Bild
machen, was das für eine Summe macht das Jahr über.
Dieses Geld wird dann zu Weihnachten unter die Arbeiter
und Arbeiterinnen gleichmäßig verteilt. Am letzten Weih-
nachten hat jeder z. B. 60 Pf. bekommen. Das mag ja
richtig sein, aber die Arbeiter selbst haben über das Strafgeld
eine Verwaltung, es wird vom Kontakt verwaltet. Der Be-
trieb zieht alle Vorsicht, daß die dort beschäftigten Arbeiter sich
alle dem Verbände anschließen, dann können sie etwas er-
reichen und die einzelnen Verbandsmitglieder brauchen dann
nicht wie ein Baum zwischen hundert Wölfen verirrt herum-
zu laufen. Auch die Eltern, deren Söhne und Töchter in der
Wollfämmerei beschäftigt sind, möchte ich bitten, daß sie zu
jungen, daß diese alle dem Verbände beitreten. Beherzigt
meine Worte und handelt in Zukunft danach. Verlangt Guer-
te und verzichte auf Muttertag auf den 1. Mai.

Wiederleben. Sonnabend, den 2. März, tagte weitere gut gesuchte Versammlung in Schäfer's Hotel. Zunächst wurde die Bibliothekstage geehrt und der Bericht vom Partell eingegangen. Den Glasarbeiten in Schwanstein werden 5 Mark Unterstützung bewilligt. Einem seit längerer Zeit ausländischen Kollegen wird eine Unterstützung gewährt. Zum Schluss wurde die Frage behandelt: Wie führen wir unserem Verband neue Mitglieder zu? Viele fernstehende Kollegen erwiderten bei der Agitation, der Verband fordere zu viel Geld. Dabei brauchten dieselben Leute an einem Abend oft mehr für

Borbb-Gedernsöde. Am 19. März tagte unsere Mit-
gliederversammlung. Als Bewilligungsfähige kamen in Vertretung
die Kollegen Trautzen, Drüger und Staud. Als Bevollmächtigte wurden
die Kollegen Meier, Kempe und Streng vorgeschlagen. Den
folgenden Punkt der Tagesordnung bildete die Antwort des Bau-
unternehmers auf die geltend gemachten Forderungen. Während
der Unternehmer antwortete, eine bindende Erklärung aber nicht
wollte, zogen es die übrigen Mitglieder vor, überhaupt keine Ant-
wort zu geben. Eine demnächst einzuberufende Versammlung
sollte die weiter zu unternehmenden Schritte beschließen.
Collegie Drüger bringt zur Sprache, daß unser Vize Prill,
einer auf dem Lande wohnt, bestürzt, nach Gedernsöde
ziehen, um bekannter seinen Haften vermalten zu können.
Collegie Prill lange arbeitslos war, wünschte die Verfassung
dah, daß demselben vom Hauptvorstande eine kleine Umsatz-
ergütung gewährt würde.

Bürgel. In einer am Sonntag, den 3. März, im Gasthaus zum „Unter“ zugenden Versammlung sprach Kollegin Graedig-Oßendorf über: „Die Organisationen und der Kampf ums Sein“. Echos im früheren Jahrhundertes, führte Rednerin „habe es Organisationen gewünscht, jedoch fühne man, dasselben nicht mit den heute bestehenden Grossstaats-Organisationen vergleichen, da früher politischen Arbeitgeber und Gefangene eine gewisse Aussonderung gewollt, doch kann bestätigt

erfahrunghaften sei; wenn es dem Fabrikar früher gelungen sei, sich selbstständig zu machen, so sei das heute in Folge der Geduld und der Machtlosigkeit zur Unmöglichkeit geworden. Die Unternehmer seien Diejenigen, die über die Mittelmittel des Kapitals verfügen und in Folge dessen oft zu den schurkigsten Mitteln greifen, um dem Verlangen der Arbeiter, sich ein menschenwürdiges Auskommen zu erkämpfen, entgegen zu wirken. Ma bedenkt nur das System der Aussperrungen und der schwarzen Listen, welches gegen Diejenigen angewendet wird, die ihre Kollegen über ihre traurige Lage aufklären. Die Unternehmer seien halt der Feind, die Arbeiter, die mit der übärmlichen Bezahlung auszukommen sind, gehören ins Buchtaus, was ja die Nachhauvorlage und die Mittel, mit welchen er dieselbe agitiert wurde, trefflich charakterisieren. Zugleich kann bestrebt sei, die notwendigsten Nahrungsmittel durch erschöpfte Bölle noch übermäßig zu vertheuern, suche man den Arbeiter mit wahren Hungerlöhnen abzuspiesen. Die ungeheure Leidenschaft der Frauen- und Kinderarbeit legt Zeugnis ab für die traurige Lage der Arbeiterklasse. Dem Unternehmer ist das leidiglich. Er kennt blos das eine Ziel: den höheren Profit. Wenn bei den Hungerlöhnen, die zum Stechen zu hoch und zum Leben zu niedrig sind, der Arbeiter oder die Arbeiterin den ganzen moralischen Halt verlieren, zum Hasel greifen oder den Prostitution anheimfallen, dann schreit und entrüstet man sich über Sittenlosigkeit. Es giebt ein Mittel, diese menschenunwürdigen Zustände zu beseitigen, nämlich die Organisation, eine also in die Organisation, damit nicht einst unsere Kinder sagen können, unsere Eltern haben nichts zur Verbesserung unserer traurigen Lage gethan!

Offen. Am 3. März tagte bei Mente unsere Mitgliederversammlung. Es wurde beschlossen, am 24. März anstatt der Mitgliederversammlung eine öffentliche Versammlung einzuberufen und zu derselben 200 Besuche vor den Fabriken zu ertheilen. Den Kartellbericht lassele Kollege Kaulbach. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Großwalde. Sonnabend, den 23. Februar, tagte trotz schlechten Wetters eine gut besuchte Mitglieder-Veranstaltung. Es wurde beschlossen, einem Kollegen, welcher 10 Wochen Kranken ist, eine Unterstützung zu gewähren. Es wurden zu diesem Zwecke Sammellisten verabschloßt. Es wurde in Anregung gebracht, einen Arbeitslosenunterstützungsfonds zu ründen. Unsere Zahlstelle besteht nun ca. $\frac{1}{2}$ Jahr und weist 80 Mitglieder auf. Heute wurde unser I. Bevollmächtigter, der verheirathete Kollege Schubert nach vorheriger Ründigung entlassen. Vor Kurzem wurde er als Vetsiger einer hiesigen Fabrikfrankensiepe gewählt. Der Grund seiner Entlassung war die Zugehörigkeit, Lust und Liebe zu seiner Organisation. Er war 7 Jahre in einer hiesigen Dachsteinsfabrik beschäftigt. Auf eine Frage, warum er entlassen würde, gab man ihm schroff keine Antwort, man könne ihn nicht mehr verwerten. Also was ist die Abdankung eines rechtschaffenen Arbeiters, ber sich nichts hat zu schulden kommen lassen nach 7jähriger Beschäftigung.

Darmstadt-Hohenhorst. Am 14. Februar fand unsere gut besuchte Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal statt. Zum Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Kimmel einen vorzülichen Vortrag über „Darwin's Theorie“. Seine Ausführungen fanden lebhafte Beifall. Sobann gab Kollege Eggers den Jahresbericht der Lohnkommission. Aus diesem ist zu entnehmen, daß im Jahre 1900 in 14 Betrieben mit 60 Kollegen durch Eingreifen der Lohnkommission Lohnverbesserungen durchgeführt worden sind. Die Lohnverhöhungen schwanken zwischen 1—3 RL pro Woche.

Klein-Augsburg. Am Sonntag, den 10. März, tagte im Gasthaus „Zur Krone“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom Stiftungsfest wurde wegen der noch nicht eingegangenen Sparten verlegt. Zur Untersuchung der ausgeworfenen Zeitungsausschüsse in Schwabach (Bayern) ließ der Kartelldelegierte, Kollege Seng, eine Sammelliste zuliefern, welche uns vom Gewerkschaftskartell übermittelt wurde. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den vom Kartell uns zugesandten Brief betreffs Gründung eines Konsum-Vereins. Kollege Wenzig kritisierte das steile Steigen der Lebensmittelpreise und ist der Ansicht, daß die Gründung eines Konsumvereins die beste Antwort auf daß von den ostelbischen Agrariern geplante Attentat auf die Leichen des wertthätigen Volkes sei. Mehrere Kollegen sprachen sich noch in diesem Sinne aus, sodaz sich bei der Abstimmung sämtliche Anwesenden diesem Vorhaben gegenüber sympathisch erklärten. Ein Antrag, wonach durchreichenden Kollegen Kollektivförderung in der Höhe von 50 Pf. zu gewähren ist, fand einstimmige Annahme.

Zahlen. Am 13. März tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Abrechnung wurde vorgelegt, deren Aufstellung war vom einen Kollegen Bohr und Schlippe, Leipzig, besorgt worden. Es hatte sich ein Gehaltbetrag von 39,35 M^r. herausgestellt, welcher von dem früheren 1. Bevollmächtigten veranlaßt ist. Das Verhälten des Beichteten wurde gebührend kritisiert. — Von der Broschüre: „Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben“ soll laut Beschluss eine größere Anzahl bestellt werden. Ebdann wurde der Kürschnerkreis besprochen, wo zu Kollege Wahre aus Marktstädt uns die nötigen Erklärungen gab, da doch von unserer Zahlstelle mehrere Kollegen in Mitgliedschaft gezogen worden sind. Ferner wurde der Beschluss gefaßt, den früheren Kollegen Karl Burchardt anzuschreiben und den Hauptvorstand zu ersuchen, so bald wie möglich wegen der Unterschlagung Strafantrag zu stellen, da es öffentlich erklärt, daß er mit unserer örtlichen Verwaltung nichts abzumachen habe. Unter „Beschlehetes“ wurde vom Kollegen Franz Burchardt angeregt, mehr unter den Gränen zu agitieren, da wir doch den anderen Gewerkschaften gegenüber hier am Blaue noch weit zurück sind. Dann sprachen noch Kollegen Bohr, Marktstädt, und Kollege Holzbecker hier einige beruhigende Worte.

erzielende Worte.
Magdeburg. Am Sonntag, den 3. März, tagte hier eine Mitglieder-Verfassung. Genosse Röger referierte über die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Bekämpfung. Er entledigte sich seines Auftrages in einer zweistündigen Rede, wodurch er darauf hinsah, daß die Arbeitslosigkeit und alle ihre Folgen nur durch die Arbeiter selbst, durch ihre politischen und gewerkschaftlichen Kräfte beseitigt werden kann. Im Punkt Betriebsangelegenheiten brachte Kollege Wilcken die Abrechnung vom Stiftungsfest, welches mit einem Überblick abgeschlossen ist. Ferner wurde beschlossen, dem Kassenrat einen Schrank mit allen Utensilien einzuschaffen, und 30 Mark wurden für die abgesperrten Eisenbahner bewilligt. Darauf wurde den Güterschaltern übertragen, in nächster Zeit die Steuern zur Gewerbe

Ach-Weissensee. Am 23. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung. Kollege Schmitz referierte über das Thema: Warum organisieren wir uns? Dem Vortrage folgte eine Diskussion. Darauf gab Kollege Reiß den Haushaltbericht, welcher einer Einnahme von 80,33 Mark befasste. Daraus wurden ein d. Bevollmächtigter und 3 Briefkosten im Vorjahr erbracht. Gut Unterstüzung der Bevollmächtigten bei etwaigen Abstimmungen wurde eine Summe von 5 Grädegenossen

Reinhausen. Am 18. März tagte unsere Mitglieder-Gesellschaft, welche den Monatsvortrag entgegennahm. Der Vorsitzende vom Kartell berichtete, daß in der nächsten Zeit hier zu Orte ein Konkurrenztag stattfinden werden soll. Hierüber entpuppte sich eine lebhafte Debatte. Als Vorsitzender wurde Kollege H. gewählt. Der Bevollmächtigte des Kartells ist der Herr von Schwerdtfeger.

Aber das Verhalten eines Mitgliedes beschwerte. Die Beschwörung gelangt in nächster Versammlung zur Erledigung.

Osnabrück. Sonntag, den 10. Februar, tagte unsere gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Die vorgelegte Abrechnung wurde geprüft und für richtig befunden. Den Kollegen in Spanien wurden 20 M. aus der Volkskasse bewilligt. Außerdem ergab eine Sammlung den Betrag von 19,65 M., der zum gleichen Zweck verwandt wurde. Kollege Funk legte noch allen Anwesenden die hohe Bedeutung der Vereinigung nahe und forderte sie auf, für Ausdehnung unserer Organisation Sorge zu tragen.

Zwickau. Sonntag, den 24. Februar, tagte hier im Lokale des Herrn Kleine eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Zuerst wurde ein Vortrag vom Genossen Schepanski, Obmann vom Gewerkschaftsrat Stettin, entgegengenommen. Nachdem wurde debattiert über die Maßregelung der Kollegen auf der Rennfabrik Stern. Es sprachen sich sämtliche Kollegen dafür aus, daß Maßregelung vorliegt. Hierauf wurde einstimmig angenommen, daß die Kollegen direkt gemäßregelt sind. Alsdann wurde ein Antrag gestellt, eine Kommission von 6 Mitgliedern zu wählen, die bei der Direktion vorstellig werden soll. Dieser Antrag wurde angenommen. Unter Berücksichtigung wurde noch die Volksfrage erörtert und darauf die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Ridgdorf. Am 8. März tagte für Niederschönweide und Umgegend eine öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeitnehmer im Lokale von Udermann, Baumchulenweg. Genosse Jahn hielt an Stelle des nicht erschienenen Genossen Meier einen Vortrag: "Warum organisieren wir uns?" Derselbe hand allzeitigen Beifall und folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heutige, am 8. März im Lokale des Herrn Udermann tagende öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeitnehmer für Niederschönweide und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Jahn einverstanden und verpflichtet, Mann für Mann sich zu organisieren, und ist die geeignete Organisation hierfür der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeitnehmer Deutschlands, Zahlstelle Ridgdorf." Nunmehr kam die Maßregelung des Kollegen Prentow bei Kuhheim u. so zur Sprache. In fröhlichen Worten forderte der Redner die Anwesenden auf, sich zu organisieren, damit in Zukunft soche Fälle nicht eintreten können. Nachdem die Sache des Kollegen Prentow der Ortsverwaltung übertragen war, idöloß der Vorsitzende mit einem Hoh auf den Verband die von 400 Personen besuchte Versammlung. Etwa 100 Kollegen wurden aufgenommen.

Rothenburgsort. Am 6. März tagte unsere Mitgliederversammlung bei d. Eisen, welche von 115 Personen besucht war. Der Kartellbericht erstattete Kollege Schwarz, den Jahresbericht der Lohnkommission Kollege Niemann. Von der Unterhaltungscommission berichteten Görr und Liebniz. Nach kurzer Debatte wurden die Unterhaltungsgejüche der Kollegen Gröhn, Szalowski und Bargholz einstimmig abgelehnt. Es wurde noch beschlossen, in diesem Jahre wieder eine Morgentour nach dem Dorfer Park zu veranstalten.

Schiffbau. Die Bestände auf der chemischen Fabrik von Hell und Stamer, Billmärker, bildeten den Gegenstand der letzten Versammlung. Nach den gemachten Ausführungen soll auf der Fabrik ein Meister sein, der die ihm unterstellten Arbeiter mit den Worten: "Schweinhund, Baustub", faule Bande u. s. w. tituliert. Auch Drohungen, wie: "Ich schlage Dir ein paar hinter die Ohren, ich schlag' Dir die Badennochen kaput, erschallen möchte Mal auf dem Arbeitsplatz. Vor Kurzem war nur in Billmärker Postenball. Der Herr war auch anwesend. Nachdem derselbe des Guten zu viel gethan, dachte er dieselben Neuerungen auch hier fallen lassen zu dürfen wie der Fabrik. Dafür wurde ihm aber als Lohn für seine Brutalität eine tödliche Tracht Brügel verabreicht. Am anderen Morgen ging der Meister zum Director und beschuldigte drei ganz unglückliche Arbeiter, dieselben hätten ihm mißhandelt, worauf die Kollegen, welche organisiert sind, kurzer Hand entlassen wurden. Einer der Entlassenen wurde später beim Director vorstellig, weil derselbe sich durchaus unschuldig fühlte. Der Herr Director sagte, er müsse schon, daß die drei bestehenden nicht geflügeln hätten, er solle aber trotzdem bei dem Herrn Meister Abbitte thun, dann könnte er wieder an die Arbeit gehen. Der Kollege rieb dieses doch etwas eigentümliche Verlangen erstautes zurück. — In der Diskussion wurde hergehoben, daß in der betreffenden Fabrik leider zu wenig Arbeiter organisiert sind, weshalb auch der Herr Director keinen Meistern eine solche Handlungswise vornehmen könne. Wie der Arbeiter auf der Fabrik angestellt sind, zeigt auffallend ein Marktstand, welcher vor einigen Jahren passirte. Als sich mehrere Arbeiter aufzustellen, um einen Bittgesuch um Aufklärung ihres Lehrtes an die Directorin einzureichen, verzögerten sich einige Arbeiter, befaßte zu unterschreiben, um bei den Herren nicht in Ungnade zu fallen. — Dem betreffenden Kollegen wurde empfohlen, den Meister wegen Beleidigung und falscher Abschulung zu verklagen. Hoffentlich werden die Arbeiter der betreffenden Fabrik angefechtet dieser haftsträubenden Vorgänge und ihrem Schluß aufgerüttelt und einschen lernen, wo sie eingehören.

Schönbach. Sonntag, den 3. März, tagte im Bierer Restaurant eine Versammlung der Arbeiter von der Salzfabrik. Kollege Dr. reitert über die Lage der Fabrikarbeiter und ihre Bedingung durch die Organisation. Der einzelne Arbeiter sei nicht im Stande, seine Lage bessern, seine Aussonnung verringern zu können. Sie Unternehmer lassen, um hohe Profite zu erzielen, die Leute halb umsonst arbeiten, letztere sind daher oft nicht in der Lage, ihrem Körper das Notwendigste gewähren zu können. Rücket führt Beispiele von den Betriebsüberschüssen einzelner Betriebe an. So hatte die Königliche Saline im Jahre 1900 einen Überschuss von 588 000 M., so daß sie an jedem Arbeiter 14,5% verdient. Das Stachauer Werk jedoch verdiente an jedem Arbeiter 2400 M. Redner bespricht die "Rücksichten", die die Arbeiter auf der Salzfabrik zu leisten haben. Es wäre schon würdig, die Arbeiter erhalten besseren Lohn, auf die Gedanken würden sie gern verzichten. Ein Kollege Silberthrum die Schäflein auf der Fabrik beim Zubraten des Salzinsen sind 10–15 Pfennig täglich. Das Schäflein ist Bewegung zu legen. Gefragt warum das Arbeiten nicht, dann wird Lampi angeholt. Es ist vorausgekommen, daß Arbeiter vom Stachauer erlegt worden sind, von anderen Kollegen aber wurde losgetrennt, wodurch ein "Kraut" entstand. Die Belohnung ist ungünstig. Eine Woche für die Arbeiter ist ungünstig nicht vorhanden. Einige Kollegen den Redner fragten, wo sie die diese Rücksichten haben, erwiderte er ihnen, auf den Rücken kantieren. Die Kollegen sind gespannt. Ihre Rücksichten im Stachauer sind 150 Arbeiter und 5 Gefangene ist eine Rücksicht vorhanden. Und in zweiter Belehrtheit ist diese nicht. In letzter Zeit sind 24 Arbeiter gefeuert worden, schwer und 40 Gefangene liegen bis zu 18 Stunden zwischen. Es wurde eine Rücksicht genommen, welche bei der Entziehung ungünstig werden soll, durch bei Entzugsungen zunächst die Gefangenen und nicht die freien Arbeiter entlassen werden.

Spanien. Unsere Mitgliederversammlung tagte am 12. Februar. Der Bericht der ersten Hälfte des Jahres enthielt vor der erste Bericht der Tagesschrift. Wurde doch an Stelle des wichtigen ersten Berichtsberichts ein anderer in Befreiung gestellt; werden, weil der andere „provisorisch“ geschrieben war. Die Delegierten am Sonnabend nach Rommes wurde darüber darüber gestellt. Daraus wurde ein zweiter Berichtsbericht gemacht. Das Sitzungssetz wurde wegen des ungehobenen Berichts verändert.

Strelitz. Am 24. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Beschildung der Gaulkonferenz bildete den ersten Punkt der Tagesordnung. Eine Beschildung wurde wegen der hohen Kosten abgelehnt. Kollegen! Schon seit längerer Zeit ist es aufsellend gewesen in unserer Zahlstelle, daß der Versammlungsbesuch ein sehr schwacher zu nennen ist. Das kann besser werden. Auf welche Weise also müssen wir eine Besserung herbeiführen suchen? Auf dem Wege des Zusammenschlusses aller Kollegen in der Organisation, spreicht Euch aus in den Versammlungen und nichtheim noch Haus geben, damit wir endlich klar werden. Wer noch nicht Mitglied des Verbandes ist, der verläßt nicht länger, sich diesem anzuschließen. Nur mit Hilfe des Verbandes wird es uns gelingen, bessere Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Wir haben alle Ursache, uns mit den bestehenden Verhältnissen anzufreunden zu erklären. Versprechen wir es nicht täglich an unseren Mitmenschen? Und wenn es dem einen oder dem anderen noch gegeben ist, etwas besser sein Leben fristet zu können, so weiß er aber noch nicht, wie es in der Zukunft sich gestalten wird, und er hätte darum erst recht die Pflicht, sich um die Interessen des Verbandes zu kümmern, damit sich seine Lage nicht ebenso verschlechtert wie die so vieler unserer Kollegen. Daram Kollegen, zaudert nicht, tretet alle dem Verband bei, oder wollen wir den Hungerriemen noch fester anziehen? Unser Wahlspruch ist: Ginein in den Verband.

Unterföhrheim. Sonntag, den 8. März, tagte unsere Mitglieder-Versammlung im "Matrosen". Kollege Huber referierte über die Aushungierung des arbeitenden Volkes, wobei er besonders die Folgen einer Erhöhung der Getreidezölle besprach, um dann auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches überzugehen. Die Firma Strauß u. So. hat im neuen Vertragsvertrag zum Schaden der Arbeiter und Arbeitnehmer den § 616 für ihre Fabriken außer Kraft gesetzt. — Es wurde dann das Einkassiren der Beiträge besprochen und aufgeheizt, die Beiträge wieder bei den Arbeitern der Ged.-Fabrik in den Wohnungen abholen zu lassen, weil sich das Einziehen der Beiträge auf der Fabrik nicht bewährt. Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen, den Hilfsarbeitern die Arbeit noch Möglichkeit zu erleichtern.

Waldheim (Sachsen). Seit langem hat sich das höchste Gewerkschaftsrat der Aufgabe gestellt, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Schon lange Zeit vergeblich. Da endlich begann ein bissiger Arbeitgeber damit, Lohnabzüge bis zu 10 Prozent zu machen. Diese Abzüge wurden selbst bei Arbeitern gemacht, die 11 und 12 Mark Lohn hatten. Die Arbeiter ermannten sich nun. Ihrem einstümigen Zusammenhalten gelang es, die Lohnreduktion abzuwehren. Damit war der Grundstein der Zahlstelle gelegt. — Am 10. März tagte unsere erste Mitgliederversammlung, die vom besten Geiste bestellt war. Alle Anwesenden waren überzeugt, daß von dem ferneren Ausbau der Organisation auch die bessere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter am Orte abhänge und wurde beschlossen, für Gewinnung neuer Mitglieder einzutreten.

Wolgast. In der Mitgliederversammlung vom 9. März wurde vom 1. Bevollmächtigten Bericht von der Gaulkonferenz erstattet. Nach sachlicher Erörterung war die Versammlung mit allen Punkten einverstanden. Hierauf wurde der Bericht des Vorstandes vorgelegt. Da die Kollegen auf der Städter Fabrik nicht um Arbeit nachgefragt haben, wurde die Angelegenheit als erledigt betrachtet. Hierauf wurde vom 1. Bevollmächtigten gestellt, daß nach allem Grütern und Besprechen die Fragebogen noch nicht alle eingegangen seien, von den fehlenden wurden die Namen verlesen. Dem Geschick um ein Darlehen für einen alten Verbandskollegen wurde entsprochen und denselben 10 M. bis zum Sommer geliehen. Von Kollegen Siegmund wurde der Kartellbericht vorgelegt und erörtert. Hierauf wurden im Verschiedenen noch örtliche Anlässe besprochen.

Eingesandt.

Au die Zahlstellen des Gaues 15.

Am 14. Februar hielt der neu gewählte Gauvorstand seine erste Sitzung ab und fasste hierbei folgende Beschlüsse, welche hiermit den Zahlstellen zur Beachtung empfohlen werden: Die Sitzungen des Gauvorstandes finden jeden ersten und dritten Montag im Monat statt. Die Zahlstellen werden aufgefordert, mindestens 14 Tage vor einer beabsichtigten größeren Versammlung dem Gauvorstand Kenntnis zu geben, wenn sie auf eine richtige Erledigung ihrer Wünsche Anspruch machen wollen. Der Gauvorstand fordert die Bevollmächtigten auf, ihn bei allen außergewöhnlichen Vorlesungen in den Zahlstellen sofort in Kenntnis zu setzen und nicht, wie dies jetzt schon vorgekommen ist, erst einige Wochen später. Nun noch einige Mahnworte an die Kollegen über die öffentlichen Versammlungen. Sehr oft hört man die Referenten über einen sehr schlechten Besuch in Folge der schlechten Vorarbeit klagen. Wenn man auf eine gutbesuchte Versammlung rechnen will, so muß man folgende Vorarbeiten berücksichtigen, und wenn es irgend möglich ist, dieselben auch auszuführen. Da wäre zunächst eine Vertheilung von Broschüren oder Flugschriften, wozu sich unser Vertritt ganz besonders eignet, in den Häusern oder an den Plätzen sehr am Platze. Dann müssen Versammlungsorte, die wir auch vertrüglich haben, mindestens zwei Tage vorher angekündigt werden. Eine oder zwei Annoncen in einer am Orte gelesesten Arbeiterzeitung verhelfen den Vorarbeiten. Wenn man eine Versammlung vorbereitet, so daß man wenigstens seine Pflicht gethan, und der Erfolg bleibt dann meistens auch nicht aus. Zum Schlusserfassen wir noch die Bevollmächtigten, häufig der Korrespondenzen die Gauvorstands-Sitzungen zu beachten, damit nicht eventuell Korrespondenzen 14 Tage unbeantwortet bleiben.

Der Gauvorstand.
S. A.: Martin Knöchel, Offenbach a. M., Bettinastraße 24.

Quittung.

Bei der Kaffeekasse gingen seit dem 6. März folgende Beiträge ein:

Wodenheim 53,— Caputh 61,— Biesen 19,— Groß-Ammelshausen 3,73,— Röslau 85,95,— Hannover 1,12,— Freyburg 1,80.

Für die freifindenden Kollegen in Bremen ging ein:

Ditzenau 81,55,— Bielefeld 1, 2, 3.—

Für den Streikfonds: Holberg 5,— Götz 32,—

Für Zusatz: Schlupf 1,05,— Barmstedt 20,69,— Börsenamt 18,15,— Börs. Tübingen 13,83.

Schluß: Dienstag, den 19. März, Mittags 12 Uhr.

Berlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 89261 Emil Müller, ausgefüllt am 1. Juni 1900 in Bielefeld.

Nr. 93244 Friedrich Stachopf, ausgefüllt am 15. April 1899.

Nr. 45458 Carl Mögle, ausgefüllt am 2. Oktober 1898 im Schmiedefeld 2, 22.

Nr. 78034 Carl Krebschmar, ausgefüllt am 28. Jan. 1901 in Lüdenscheid a. R.

Nr. II. Nr. 14582 Carl Gebhardt, geb. am 11. Januar 1892 in Goslar, eingetreten in Hamburg am 17. Juli 1895.

Verantwortlicher Redakteur: August Eiss, Hannover. **Druck:** von A. Löhrberg, Hannover. **Druck:** von Oetke & Löhr, Hannover.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Düsseldorf. Jos. Häuser, Neuerstraße 123.
Freiburg (Breisgau). Bertrauensmann Ludwig Eiss
Hohenzollernstrasse 84.

Wilhelm a. M. Christian Clevisch, Wallstraße 9.
Ehle. O. Köhly.

Gau 5.

Sonntag, den 28. April, Vormittags 10½ Uhr, findet unsere diesjährige

Gaulkonferenz

in Weissenfels, im Gasthof "Zur Reichskrone", Tagewerkernes Weg statt.

Worltläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes:
 - a) des Vorsitzenden;
 - b) des Kassiers.
2. Bericht der Delegirten.
3. Anträge der Zahlstellen.
4. Die nächsten Aufgaben in der Agitation.
5. Wahl des Ortes für den Sitz des Gauvorstandes.
6. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.

Jede Zahlstelle, sowie die Orte, wo Einzelmitglieder unter der Leitung von Bertrauensmännern vorhanden sind, haben das Recht und zugleich die Pflicht, einen Delegirten zu entsenden.

Die Adressen der gewählten Delegirten, sowie Anträge sind bis zum 20. April an den Untergeschriebenen einzufinden.

Die Kosten für die Delegirten haben die Zahlstellen zu tragen.

Im Auftrage des Gauvorstandes:
Carl Mögle, Vorsitzender,
Altenburg S.-A., Berggasse Nr. 84.

Au die Zahlstellen des Gaues 19. (Lübeck.)

Unsere diesjährige

Gaulkonferenz

tagt am Sonntag, den 12. Mai, Vormittags 11 Uhr in Lübeck im Vereinshause, Johannisstraße 55–52.

Worltläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht der Delegirten.
3. Die Organisationsfrage.
4. Beratung der Anträge.
5. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz.

Wir ersuchen unsere Zahlstellen, die Wahl der Delegirten so bald wie möglich vorzunehmen und das Resultat sowie Anträge an den Untergeschriebenen bis zum 6. Mai einzufinden.

Der Gauvorstand:
J. A.: J. Radde, Lübeck,
Schulenstraße 39, I.

Sterbetafel.

9066. Bernh. Schwagermann, geboren am 24. Oktober 1873, eingetreten am 26. September 1897, gestorben am 11. März in Lüneburg.

29663. Julius Große, geboren am 23. Januar 1845, eingetreten am 1. Juni 1898 in Potsdam, gestorben am 5. März in Potsdam.

Bestattungen.

Die Bevollmächtigten der Orte, an denen im Laufe dieses Quartals Rohndifferenzen zum Abschluß gekommen sind, werden ersucht, die überstandenen Schlussberichte baldigst auszufüllen und einzufinden.

Mit Gruß G. Brey.

Zahlstelle Götz.

Am 11. März 1901 verstarb zu Dervig unser Kollege Otto Höltke, geboren am 23. Februar 1873 zu Abstenen, eingetreten am 1. Juli 1900 in Götz. Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen. Ehre seinem Andenken!

[1,20 M.]

Zahlstelle Schlutup.

Unser Mitglied Johann Schwarz, geb. am 9. September 1851 zu Bauen (Wedelb.-Strelitz), eingetreten am 26. November 1899 zu Schlutup, ist am 1. März dasselbst verstorben. Seine Lauterkeit sichert ihm ein ehrendes Andenken. [1,05 M.]

Die Bevollmächtigten.

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeitnehmer von Sommerfeld, Pennsdorf, Engelsdorf, Gorsdorf, Brandis und Umgegend!

Sonntag, den 31. April 1901, Nachmittags 3 Uhr, im Gaffhof "Zum goldenen Stern", Sommerfeld:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: "Welche Lehre haben die Fabrikarbeiter und Arbeitnehmer aus der wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit zu ziehen". 2. Diskussion hierzu. 3. Event. Wahl eines Bertrauensmannes für Sommerfeld und Umgegend.

Sämtliche Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen und für dieselbe zu agieren.